

Was Herr Steinbrück nicht versteht - Der Staat hätte viel kräftiger zuzahlen müssen -

von

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker

Erschienen als: Das falsche Argument gegen Staatshilfe, FTD, 29.1.2009

Nun ist es also passiert: Die gleiche Bundesregierung, die noch vor ein paar Monaten jeden Gedanken an ein großes Konjunkturprogramm weit von sich gewiesen hat, verabschiedet ein solches, weil sie eingestehen muss, die Dimension der Krise weit unterschätzt zu haben. Doch trotz dieses Fortschrittes, sollte man nicht glauben, dass die Politik in Deutschland sich nun zurücklehnen, auf den Aufschwung warten und Pläne für den Schuldenabbau schmieden kann. Dazu ist das Paket erstens zu klein und die internationalen Probleme, die einer Lösung harren, sind zu groß.

Führt man sich vor Augen, dass die Bundesregierung bei ihrer Prognose von über zwei Prozent minus für 2009 unterstellt hat, dass schon im zweiten Quartal (das beginnt in acht Wochen!) der Aufschwung einsetzt und danach ohne Pause voranschreitet, ist es offensichtlich, dass zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts über mindestens zwei Jahre verteilt, zu wenig ist.

Die Bundesregierung versteht offenbar auch immer noch nicht die Globalität der Krise. Argumente für eine Besserung der Lage, die man im Jahreswirtschaftsbericht findet, wie der sinkende Ölpreis, allgemein sinkende Rohstoffpreise oder ein fallender Wechselkurs des Euro, mögen sich zwar in diesem Jahr zu unseren Gunsten wenden. Sie wenden sich aber automatisch zu Ungunsten anderer Länder, nämlich derjenigen, die Rohstoffe exportieren und deren Wechselkurse steigen. Das hilft überhaupt nicht weiter. Als Land mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss müsste und könnte Deutschland viel tiefer in die Tasche greifen. Das Überschussland China hat das für sich längst erkannt und schafft mit einem riesigen Konjunkturprogramm die Grundlage für eine rasche Überwindung der Krise.

Das Paket ist sicher auch deswegen zu klein geworden, weil der oberste deutsche Krisenbekämpfer, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, noch vor Weihnachten glaubte, der Staat träte auch in der Rezession als Konkurrent privater Unternehmen auf dem Kapitalmarkt auf, wenn er mehr Schulden aufnähme. Dieses Argument ist fundamental falsch und offenbart eine Lücke im ministerialen Sachverstand, die sich angesichts der tiefsten globalen Rezession seit 80 Jahren noch als verheerend erweisen wird.

Was ist eine Rezession? Die Produktion einer Volkswirtschaft schrumpft. Egal wodurch dies ausgelöst wurde, fällt der Absatz erst einmal, sinken auch die privaten Investitionsausgaben: Im Oktober 2008 lag die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern um fast 20 Prozent unter der des letzten Quartals 2007. Das bedeutet andererseits, dass Finanzinvestoren, also Leute, die die Ersparnis anderer anlegen, ihr Geld nicht an private Sachinvestoren loswerden. Obendrein versuchen die Bürger aus Angst vor Arbeitsplatzverlust mehr zu sparen. Daher fällt das Kapitalangebot in einer Rezession immer langsamer als die Kapitalnachfrage, obwohl die Einkommen insgesamt sinken. Das äußert sich in einem Rückgang der langfristigen Zinsen.

Wie stark dieser Prozess momentan ist, hat der deutsche Finanzminister offenbar übersehen, sonst würde er sich nicht um die Verdrängung privater Sachinvestitionen durch eine zusätzliche staatliche Kreditaufnahme sorgen. Kurz vor Jahresende fiel der Zins für zehnjährige deutsche Staatsanleihen, der im Herbst noch bei vier Prozent gelegen hatte, zum ersten Mal in seiner Geschichte auf unter drei Prozent. Die Finanzinvestoren sind angesichts von Betrug, Bankenkollaps und Rezession einfach nicht mehr bereit, jedem beliebigen Investor ihr Geld anzuvertrauen. Denn was nützt eine hohe versprochene Rendite bei hohem Ausfallrisiko? Aus diesem Grund sind Staatsanleihen gefragt wie nie zuvor. Die Anleger wollen ihr Geld bewusst dem Staat überlassen, weil sie von ihm zu Recht dauerhaft ein geringes Ausfallrisiko erwarten. Deshalb ist die Verzinsung von Staatspapieren – übrigens nicht nur hierzulande, sondern ebenso in den USA, wo der Staat sich sehr hoch verschulden will, um die Konjunktur anzukurbeln – auf ein historisches Tief gesunken.

Was hindert den Finanzministerin einer solchen Situation, wesentlich mehr Staatsanleihen auszugeben und das von den Sparern zur Verfügung gestellte Geld in produktive öffentliche Investitionen zu stecken? Wer jetzt noch so tut, als ob in Deutschland private Investoren mit dem Staat um knappe Kreditmittel konkurrierten, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wer jetzt als verantwortlicher Politiker nicht handelt, wird am Ende massiv nachbessern müssen oder ohne sein Zutun in Schulden versinken. Aber die hat er dann in den Büchern stehen ohne den Aktivposten eines angemessenen öffentlichen Kapitalstocks. Dann ist das Unternehmen Staat, wie jeder Betriebswirt weiß, einer Überschuldung weit näher als mit höheren Investitionen.

Doch das versteht die Politik in Deutschland generell nicht, ganz unabhängig von der aktuellen Krise. Wer der Bevölkerung seit Jahren eintrichtert, ein ausgeglichener Staatshaushalt sei ein eigenständiges wirtschaftspolitisches Ziel gleichrangig zum Ziel der Versorgung des Landes mit einer angemessenen Menge an öffentlichen Gütern, der tut sich selbstverständlich schwer zu erklären, warum dieses Ziel jetzt hintan gestellt werden muss. Noch dazu wenn man dauernd betont hat, dass öffentliche Schulden immer ein Mühlstein am Halse der langfristigen Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft sind.